

## CDU fordert „Spielplatzkümmerer“ in allen Bezirken



**Müll, Verwahrlosung, randalierende Jugendliche – die öffentlichen**

**Spielplätze in Berlin sind alles andere als ein sicheres Pflaster für Kinder. Die Berliner CDU fordert nun die Ausweitung eines erfolgreichen Neuköllner Modellprojekts.**

In dem Pilotprojekt, bei dem der Bezirk in diesem Sommer erstmalig 319 Arbeitslose vom Jobcenter angefordert hatte, soll durch den Einsatz von 1-Euro-Jobbern dafür Sorge getragen werden, dass Kinder siche-

rer und behüteter spielen können. Darüber hinaus lernen junge Arbeitslose Verantwortlichkeiten zu übernehmen und können die Pflicht nach den Hartz-

Reformen mit einer sinnvollen und gesellschaftlich verantwortungsvollen Aufgabe erfüllen. Daher hat der CDU-Landesvorstand auf seiner Sitzung im Okto-

ber einstimmig die Bezirksämter Berlins aufgefordert, das Neuköllner Modell der „Spielplatzkümmerer“ zu übernehmen. Der CDU-Landesvorsitzende Ingo

Schmitt: „Wir hoffen, dass im nächsten Jahr berlinweit auf den öffentlichen Spielplätzen Betreuer eingesetzt werden, die damit das Bemühen der Gesellschaft um die Jüngsten und deren Mütter und Väter verdeutlichen.“ In Neukölln sind durch den Einsatz der „Spielplatzkümmerer“ die 114 öffentlichen Spielplätze im Bezirk sicherer geworden. Der Vermüllung konnte ebenfalls entgegen gewirkt werden. Schmitt würdigte das Projekt: „Die Berliner Union sieht dieses Konzept als einen Beitrag, um ein sichtbares Zeichen für eine kinderfreundlichere Stadt zu setzen.“



## Berliner Schüler sind nicht konkurrenzfähig



**Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass das Berliner Schulsystem unter SPD und PDS erhebliche Schwächen aufweist.**

Die schulpolitische Sprecherin der Berliner CDU-Fraktion, Katrin Schultze-Berndt, sieht die Ursachen für das Abschneiden vor allem in den erheblichen Defiziten in der Sprachkompetenz, der willkürlichen Zuordnung zu den Schulzweigen und in der Qualität des Unterrichts. Erschreckend seien vor allem die Ergebnisse der Berliner Gymnasiasten, die im

bundesweiten Vergleich auf den hinteren Plätzen landeten: „Ein Grund dafür ist die hohe Zahl der Schüler, die das Gymnasium besuchen, ohne die tatsächliche Eignung dafür zu besitzen. Diese Schüler fliehen vor der Haupt- oder Realschule wegen der schlechten Berufsaussichten. Deshalb muss die Politik hier ansetzen, um die Attraktivität dieser Schulen zu erhöhen. Eine Hauptschule, die gezielt auf zwei Ausbildungsberufe hin schult, gibt dem Hauptschüler die Chance, bei der Bewerbung die Nase vor dem Realschüler oder Gymnasiasten zu haben.“ Schultze-Berndt zufolge gebe es auch bei der

Sprachkompetenz große Defizite. Das Berliner Schulsystem habe offensichtlich keine Kraft, ausländische Schüler ausreichend zu integrieren. Dies sei eine Bankrotterklärung für zahlreiche und kostenintensive sprachliche Fördermaß-

nahmen der vergangenen 20 Jahre. Die Berliner CDU setzt sich schon seit langem für eine Sprachförderung im letzten Kitajahr nach Sprachtests bei 4-jährigen ein. Der Übertritt in Regelklassen sollte erst nach einem erfolgreichen

Unterricht in Förderklassen, die den Spracherwerb zum Ziel haben, erfolgen. Abschließend sagte die CDU-Politikerin: „Nach den schlechten PISA-Ergebnissen ist Schulsenator Böger aufgefordert, auch bei der Qualität des Unterrichts ansetzen. In Berlin werden mit Vergleichsarbeiten viele Ergebnisse erhoben, ohne dass daraus Schlussfolgerungen abgeleitet werden. Dabei gilt es, durch kontinuierliche Fortbildung, Unterstützung und Beratung der Lehrer die Unterrichtsqualität zu verbessern. Die PISA-Studie zeigt: Das Potential ist bei den Schülern vorhanden – es wird nur nicht ausgenutzt.“



## Kürzung der Jugendhilfe drängt Kinder und Familien ins Abseits



**Nach der Ankündigung des Senats, die Jugendhilfe erneut kürzen zu wollen, erklärte der jugendpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Sascha Steuer: „Die Kürzung der Jugendhilfe um 33 Millionen ist für viele Kinder und Jugendliche in der Stadt eine Katastrophe. Sie erhalten in einer**

schwierigen Situation keine Unterstützung mehr.“ Sollten die Sparmaßnahmen des Senats umgesetzt werden, sei die gesamte Jugendhilfe in Berlin gefährdet. Seit 2002 ist der Etat um insgesamt 40 Prozent geschrumpft. Mit der Folge, dass allein 7.000 Kinder in den vergangenen vier Jahren aus der Jugendhilfe herausgefallen seien. Solche Sparmaßnahmen gibt es in der ganzen Bundesrepublik nicht noch einmal. Mit dem

erneuten Kahlschlag würden 1.500 Kinder zusätzlich keine Hilfe mehr erhalten. Der Rechtsanspruch auf Unterstützung vieler Familien durch die Bezirke könne damit nicht mehr gewahrt werden. Steuer: „Berlin liegt mit zunehmender Tendenz bei vielen sozialen Risikofaktoren wie Kinderarmut, Kindesmisshandlungen und Drogenkonsum bundesweit ganz weit vorn. Die Zahl der so genannten ‚Hochrisiko- und Multipro-

blemfamilien‘ liegt in Berlin weit höher als die Zahl der Familien, die zurzeit Unterstützung erhalten.“ Die Hilfen zur Stärkung der betroffenen Familien und die Prävention, der Schutz und die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Berlin dürften deswegen nicht weiter abgebaut werden. Ansonsten drohe ein Super-GAU in der Hauptstadt, der von keinem verantwortet werden könne. Dies befürchtet auch die LIGA der

freien Wohlfahrtsverbände, die seit einigen Wochen gegen die Sparpolitik bei der Jugendhilfe demonstriert. Steuer bemängelte auch die unkoordinierte Kürzung bei der Prävention, indem viele Bezirke Jugendeinrichtungen vor Ort schließen und gleichzeitig der Senat dann die Hilfen für jeden einzelnen Jugendlichen streicht. Dies führe mittelfristig zu immer mehr hilfebedürftigen Jugendlichen bei weniger Unterstützung.